

Antrag 02: Leitantrag zum FDP-Landesparteitag am 21.11.2021

Laufende Nummer: 1

Antragsteller*in:	Landesvorstand (Landesvorstand)	
Status:	angenommen	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	2
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:	

1 Schleswig-Holstein: Gut durch die Krise, stark nach der Krise

2 Die Corona-Krise hat seit über eineinhalb Jahren fast alle Lebensbereiche berührt und
3 unsere Gesellschaft in ganz erheblichem Maße herausgefordert, wie wir dies seit
4 Jahrzehnten nicht kannten. Die Bewältigung dieser Krise war und ist ein Kraftakt für
5 unsere gesamte Gesellschaft und wird uns noch lange beschäftigen. Vor allem Familien
6 mit Kindern und Jugendlichen, junge Erwachsene, ältere Menschen, Menschen mit
7 gesundheitlicher Einschränkung oder aus wirtschaftlich schwächeren Verhältnissen,
8 aber auch bestimmte Berufsgruppen wie z.B. Selbständige in der Gastronomie, Kultur
9 oder auch im Einzelhandel und natürlich Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegesystem
10 waren besonders betroffen. Diesen Gruppen müssen deshalb jetzt ganz besonders im
11 Fokus der Politik stehen.

12 Es ist aber auch festzustellen, dass bisher kaum eine andere Region so glimpflich
13 durch die Corona-Krise gekommen ist wie Schleswig-Holstein, wie man an allen
14 relevanten Parametern ablesen kann. Das ist vor allem das Verdienst der vielen sehr
15 besonnenen und auch solidarischen Bürgerinnen und Bürger im Norden, hat aber auch mit
16 konsequentem, besonnenem und verhältnismäßigem Regierungshandeln zu tun. Auch die
17 Impfbereitschaft ist in kaum einem anderen Bundesland so hoch wie bei uns. Unser Dank
18 geht hierfür auch an die vielen Helferinnen und Helfer in den Impfbüros sowie in
19 den Arztpraxen, ohne deren Einsatz dieser Erfolg nicht möglich gewesen wäre.

20 Trotz der im bundesweiten Vergleich weiterhin relativ moderaten Daten Schleswig-
21 Holsteins geht die vierte Welle auch an unserem Bundesland nicht spurlos vorbei. Zwar
22 sind die Belegungszahlen in den Krankenhäusern noch moderat, aber die auch hier
23 zunehmenden Fallzahlen geben Anlass zur Sorge. Zudem stehen wir in der Pflicht, auch
24 Patienten aus anderen Regionen in unseren Krankenhäusern aufzunehmen. Daher ist es
25 richtig, dass das Regelwerk an die Lage angepasst wird. Diese müssen stets sinnvoll,
26 notwendig und verhältnismäßig sein. Bei der Ausgestaltung der Maßnahmen ist auch zu
27 berücksichtigen, dass - anders als noch in der dritten Welle - mittlerweile der
28 weitaus größte Teil der Bevölkerung bereits eine zweifache Impfung erhalten hat.
29 Deshalb muss im Fokus stehen, auf pauschale Schließungsanordnungen zu verzichten und
30 insbesondere den Menschen, die durch eine Impfung einen Beitrag zum Meistern der
31 Pandemie geleistet haben, möglichst normale Lebensbedingungen zu ermöglichen. Um die
32 Krise so weit zu beherrschen, dass die Gesellschaft ohne die Gefahr der Überforderung
33 des Gesundheitswesens mit dem Virus leben kann, braucht es weitere Fortschritte bei

34 der Impfung der Bevölkerung. Das gilt sowohl für die Immunisierung noch Ungeimpfter
35 als auch für zügige Auffrischungsimpfungen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss
36 einerseits Relativierungen des Vorteils der Impfungen oder Verharmlosungen der
37 Gefahren einer SARS-CoV-2-Erkrankung entschieden entgegengetreten werden. Ebenso ist
38 es andererseits richtig, aufgrund des Vorteils der Impfung bei der Verschärfung der
39 Maßnahmen Immunisierte von diesen Beschränkungen auszunehmen. Da ein Test keinen
40 vergleichbaren Schutz wie eine Impfung bietet, ist es zudem konsequent, nun auch 2G-
41 Regeln zur Anwendung zu bringen. Besonderen Sicherungsbemühungen brauchen zudem
42 Einrichtungen der Pflege, da hier besonders vulnerable Menschen leben, welche im
43 Falle von Impfdurchbrüchen mit schwerwiegenden gesundheitlichen Konsequenzen bis hin
44 zum Tod rechnen müssen. Damit dies gelingt, müssen alle erforderlichen Maßnahmen zum
45 Schutz in Pflegeheimen

46 ergriffen werden. Dazu zählt in letzter Konsequenz auch eine Impfpflicht für das dort
47 tätige Personal. Nur durch entschlossenes Handeln staatlicher Institutionen,
48 verantwortungsvollem Handeln der Bürgerinnen und Bürger sowie gelebter Solidarität
49 miteinander wird die Gesellschaft diese Pandemie überwinden können.

50 Diese Krise hat uns aber nicht nur die Verletzbarkeit einer globalisierten
51 Gesellschaft und Wirtschaft vor Augen geführt, sondern auch noch einmal verdeutlicht,
52 welche strukturellen Probleme in unserem Land nun drängender denn je angepackt werden
53 müssen. Deutschland und Schleswig-Holstein zeichnen sich durch eine hohe
54 Lebensqualität aus, aber viele politische Baustellen sind durch die Krise noch
55 drängender geworden als zuvor. Dies gilt vor allem für die Digitalisierung der
56 Arbeitswelt, der Bildung, der Verwaltung, aber auch des Gesundheitswesens und anderer
57 Lebensbereiche. Wenn wir hier nicht endlich zu einer konsequenten Aufholjagd
58 ansetzen, werden wir unseren Wohlstand nicht erhalten können. Zudem muss in allen
59 Bereichen unnötige Bürokratie abgebaut werden, die ein zunehmendes Hemmnis für
60 Entwicklung und Innovation darstellt.

61 Die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft bietet Schleswig-Holstein
62 schließlich auch große Chancen, die wir konsequent nutzen wollen. Die Veränderung der
63 Arbeitswelt und der Wertewandel gerade in den jüngeren Generationen macht unser
64 Bundesland für viele hochqualifizierte Menschen attraktiver, für die sich hier ganz
65 neue Chancen zur Entfaltung ergeben.

66 Unser Anspruch ist es, Deutschland und vor allem Schleswig-Holstein weiterhin
67 konsequent zu modernisieren und möglichst zukunftsfähig aufzustellen. Dafür treten
68 wir bei der Landtagswahl am 8. Mai an. Wir wollen unser Bundesland weiterhin
69 maßgeblich mitgestalten.

70

71 **Konsequent in die Zukunft des Landes investieren**

72 Die Corona-Krise hat auch die Landesfinanzen erheblich strapaziert. Das Land wird
73 sich in den nächsten Jahren deshalb noch stärker auf seine Kernaufgaben wie Bildung,
74 Sicherheit und Infrastruktur konzentrieren müssen. Wir wollen weiterhin konsequent in
75 Kitas, Schulen und Hochschulen, Polizei und Justiz sowie Digitalisierung, Klimaschutz
76 und die Verkehrs- und Gesundheitsinfrastruktur investieren. Wir bekennen uns klar zur

77 Schuldenbremse in der Landesverfassung, die wir 2010 maßgeblich eingefordert haben
78 und die sich auch für Krisenzeiten bewährt hat. Wir wollen die Schuldenbremse in der
79 Landesverfassung jedoch dahingehend weiterentwickeln, dass zukünftig mindestens 10 %
80 der Landesausgaben für Investitionen verwendet werden müssen, damit nicht wieder wie
81 in der Vergangenheit zulasten der Zukunft gewirtschaftet wird. Auch die Kommunen
82 brauchen Spielräume für notwendige Investitionen in Kitas, Schulen, Krankenhäuser,
83 Straßen, Radwege, Digitalisierung oder auch Sportanlagen. Zudem ist der Aufbau einer
84 technologieoffenen Betankungsinfrastruktur (Wasserstofftankstellen, E-Ladesäulen und
85 andere) konsequenter voranzutreiben. konsequenter voranzutreiben.

86 Um mehr Menschen Wohneigentum zu ermöglichen, wollen wir zumindest den Ersterwerb
87 einer selbstgenutzten Wohnimmobilie bei der Grunderwerbsteuer zeitnah entlasten. Der
88 Eigentümerwerb hat für viele Menschen auch eine zunehmende Bedeutung für eine
89 sichere Altersvorsorge. Deshalb wollen wir durch sinnvollere Vorgaben und die
90 ausreichende Ausweisung von geeigneten Flächen die stark gestiegenen Baukosten
91 begrenzen und auch die Grundsteuer möglichst einfach, bürokratiearm und fair
92 gestalten.

93

94 **Mehr Chancen durch bessere Bildung**

95 Bildungswege chancengerecht gestalten, Talente bestmöglich fördern und die
96 Gleichwertigkeit allgemeinbildender und berufsbildender Bildungsgänge sicherstellen
97 sind die zentralen Handlungsfelder unserer liberalen Bildungspolitik. Dabei wollen
98 wir die digitale Transformation in allen Schularten beschleunigen, die MINT-Fächer
99 insbesondere im Bereich der Informatik stärken, eine Bildung für nachhaltige
100 Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Fächern verankern sowie dem Elternwillen
101 folgend qualitativ hochwertige schulische Ganztagsangebote schaffen, wo auch Sport-
102 und Kulturangebote eine wichtige Rolle einnehmen müssen. Außerdem wollen wir die
103 politische und ökonomische Bildung sowohl an Schulen als auch in der
104 Erwachsenenbildung stärken (z.B. durch mehr Angebote im Bereich Entrepreneurship
105 Education). Schleswig-Holstein benötigt mehr denn je gut ausgebildete Fachkräfte.
106 Deshalb wollen wir die vorhandenen Potenziale durch ein ortsnahes
107 Berufsschulangebot auch in den ländlichen Räumen nutzen und die dafür benötigten
108 Lehrkräfte bereitstellen. Dazu brauchen wir kompetente, engagierte Lehrkräfte, die
109 wir durch verbesserte Arbeitsbedingungen an den Schulen sowie durch eine Initiative
110 „Mehr junge Menschen für den Lehrberuf begeistern“ gewinnen wollen.

111 Den Schulen wollen wir mehr Eigenständigkeit bei der Verwendung der zugewiesenen
112 finanziellen Mittel, z.B. bei der Umsetzung des Digitalpaktes und auch der damit
113 verbundenen Fortbildung, ermöglichen. Den von der Bundesebene geplanten Digitalpakt
114 2.0 und die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung begrüßen wir sehr. Beides wollen
115 wir in Schleswig-Holstein möglichst zügig und unbürokratisch umsetzen. Zudem fordern
116 wir eine umfassende BAföG-Reform, mit der dieses wichtige Förderinstrument
117 digitalisiert, elternunabhängig und auch stärker auf das lebenslange Lernen
118 ausgerichtet werden soll.

119 Unseren Hochschulen wollen wir mehr Freiräume bei der Verwaltung und Profilbildung

120 lassen. Auch sie brauchen mehr Unterstützung bei der Digitalisierung – vor allem im
121 Bereich der Lehre. Durch ein Orientierungssemester wollen wir die Studienorientierung
122 deutlich verbessern und vor allem die technischen Studiengänge stärken.

123

124 **Neue Perspektiven für unsere Wirtschaft**

125 Wir wollen alles dafür tun, um die coronabedingte Wirtschaftskrise schnellstmöglich
126 hinter uns zu lassen und durch neues Wachstum aufzuholen. Eine zunehmende
127 Herausforderung für unseren Wirtschaftsstandort ist der Fachkräftemangel, der sich
128 vor allem im technischen Bereich schon jetzt immer stärker negativ auswirkt. Aus
129 diesem Grund wollen wir die berufliche Bildung mit dem dualen Ausbildungssystem
130 weiter stärken und fordern ein sinnvolles Fachkräftezuwanderungsgesetz, das neben
131 einem Punktesystem auch einen Spurwechsel z.B. für hier derzeit geduldete Menschen
132 beinhaltet.

133 Wir werden weiterhin konsequent daran arbeiten, dass Schleswig-Holstein das
134 mittelstandsfreundlichste Bundesland ist. Bei der Zahl der Unternehmensgründungen
135 haben wir uns bereits auf einen Platz in den Top 3 hocharbeiten können. Wir erwarten
136 jetzt von der Bundesebene weniger Bürokratie und bessere Finanzierungsmöglichkeiten
137 für Start-Ups und andere Gründungen und Betriebsübernahmen (z.B. auch im Handwerk).
138 Der Klimaschutz darf nicht zur De-Industrialisierung bzw. Verdrängung von
139 Industrieproduktion ins Ausland führen, sondern muss als große Chance für unsere
140 Wirtschaft verstanden werden. Staat nur auf staatliche Investitionen zu setzen,
141 unterstützen wir daher die Schaffung eines Europäischen Fonds für grüne
142 Investitionen. Mit Hilfe öffentlicher Garantien wollen wir auf diese Weise über die
143 Förderbanken (z.B. die KfW) insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen bei
144 der Finanzierung von Investitionen unterstützen, die nicht nur einen Beitrag zur
145 Erreichung der Klimaschutzziele leisten, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit dieser
146 Unternehmen steigern. Darüber hinaus sehen wir großes Potenzial an unserer Westküste,
147 aber auch in anderen Regionen. Gerade an den Trassen zur neuen Beltquerung oder auch
148 der A20 brauchen wir Flächen für neue Ansiedlungen. Ein klares Bekenntnis der neuen
149 Bundesregierung zu diesen wichtigen Verkehrsprojekten ist für uns selbstverständlich.
150 Der Bund ist auch Pflicht, für seine Infrastrukturprojekte im Land ausreichende
151 Planungskapazitäten bereitzustellen.

152 Wir fordern erneut eine deutliche Beschleunigung der Planungs- und
153 Genehmigungsverfahren bei Verkehrsprojekten. Die Beteiligung von betroffenen
154 Anwohnern und Verbänden kann durch frühzeitige Beteiligung sogar dennoch verbessert
155 werden. Wir sollten uns bei den Planungsverfahren an EU-Staaten wie z.B. Dänemark
156 orientieren. Für notwendig erachten wir die Einführung einer Stichtagsregelung, durch
157 die neue rechtliche Vorgaben keine Auswirkungen mehr auf die Rechtmäßigkeit des
158 Planfeststellungsbeschlusses haben. Zudem fordern wir neben der Ausweitung der
159 Legalplanung die Wiedereinführung der materiellen Präklusion mit einer frühzeitigen
160 Mitwirkungspflicht von Verbänden, die ansonsten auf ihr Klagerecht verlieren würden.

161 Der Glasfaserausbau in Schleswig-Holstein soll bis 2025 nahezu flächendeckend
162 abgeschlossen sein. Hierzu sind ausreichende Bundes- und Landesfördermittel

163 bereitzustellen, weil dieses Glasfasernetz auch für den Ausbau und die Verbesserung
164 eines zukunftssicheren Mobilfunknetzes erforderlich ist.

165

166 **Verlässliche Daseinsvorsorge in der Stadt und auf dem Land**

167 Die Menschen in Schleswig-Holstein brauchen eine verlässliche Daseinsvorsorge. Diese
168 ist nicht nur wichtig für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, sondern ist
169 inzwischen ein wichtiger Standortfaktor in der Stadt wie im ländlichen Raum.
170 Erreichbare Angebote für junge Menschen wie Kinderbetreuung und Freizeitangebote für
171 Kinder und Jugendlichen, sind ein Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe in allen
172 Teilen des Landes. Ebenso braucht das Land auch weiterhin eine gute Versorgung mit
173 Gesundheits- und Pflegeangeboten. Dabei ist es nicht nur von Bedeutung, dass der
174 Hausarzt auch weiterhin in der Fläche präsent ist und Krankenhäuser die beste
175 medizinische Versorgung anbieten. Hier besteht die besondere Herausforderung darin,
176 junge Menschen dafür zu gewinnen, Berufe im Gesundheits- und Pflegebereich zu
177 ergreifen. Ebenso gilt es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch im
178 Bereich der Pflege die Versorgung sicherzustellen und den pflegebedürftigen Menschen
179 möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Hier braucht es enge
180 Abstimmung mit den Kommunen, um die tatsächlichen Bedarfe vor Ort zu identifizieren
181 und zukunftsfeste Strukturen zu etablieren, zum Beispiel im Bereich der Kurzzeit-
182 oder Tagespflege. Für Betroffene und Angehörige ist der niederschwellige Zugang zu
183 Beratung bei sich abzeichnendem Pflegebedarf wichtig, weshalb ein Ausbau der
184 Pflegestützpunktangebote ein wichtiger Beitrag sein kann. Auch in diesen Feldern
185 besteht großes Potenzial in der Digitalisierung. Das betrifft sowohl die
186 Leistungserbringer, die ihre Arbeitsprozesse und Dokumentation noch stärker auf
187 digitale Formate umstellen sollen, als auch den Kontakt zwischen den Behandelnden und
188 auf der einen Seite mit ihren Patientinnen und Patienten auf der anderen Seite. In
189 der Pflege ist darauf zu achten, dass der Einsatz von digitalen Möglichkeiten nicht
190 zu Lasten der persönlichen Fürsorge erfolgt. Aber auch für die älteren Menschen
191 insbesondere mit Pflegebedarf kann die Digitalisierung eine Chance für mehr soziale
192 Teilhabe sein. Daher sollten auch ältere Menschen gezielter an die Nutzung
193 entsprechender Angebote herangeführt werden.

194

195 **Klimaschutz durch Fortschritt**

196 Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Energiepolitik technologieoffen und
197 sektorenübergreifend auf die Reduktion von CO₂-Emissionen ausgerichtet werden. Hier
198 geht es nicht nur um Strom, sondern ebenso um Wärme und Kälte für Gebäude, um
199 Industrieprozesse sowie um den Verkehrssektor. Die Energieerzeugung ist zudem ein
200 wichtiger Wirtschaftszweig in unserem Bundesland. Wir wollen nicht nur das
201 existierende Know-how erhalten, sondern sehen hier auch Potenzial für neue
202 Arbeitsplätze. Ebenso geht es aber auch darum, die Bezahlbarkeit von Energie künftig
203 deutlich mehr in den Fokus zu rücken. Eine bezahlbare, sichere, ressourcenschonende,
204 natur- und artenschützende Energieversorgung ist für unsere Gesellschaft und für die
205 Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft von überragender Bedeutung. Die Netzentgelte

206 müssen endlich fair und bundeseinheitlich verteilt werden. Zudem ist die Finanzierung
207 der EEG-Umlage über den Strompreis so schnell wie möglich zu beenden. Insgesamt
208 bedarf es einer Reform des Energierechts und der Abschaffung der Stromsteuer.

209 Klimaschutz sollte nicht über Verbote, sondern über Innovationen stattfinden.
210 Schleswig-Holstein hat das Potenzial, mit neuen Technologien Vorreiter für eine
211 Energiewende zu sein, die alle mitnimmt und nicht zu sozialen Verwerfungen führt.
212 Gerade beim Thema Wasserstoff hat Schleswig-Holstein enormes Potenzial. Die
213 vorhandene Wasserstoffstrategie des Landes ist konsequent umzusetzen. Damit
214 Schleswig-Holstein vom Aufbau eines grenzüberschreitenden Wasserstoffmarktes
215 bestmöglich profitieren kann, ist ein Handelssystem für erneuerbare und
216 dekarbonisierte Gase erforderlich. Deswegen setzen wir uns für ein standardisiertes
217 europäisches System für Herkunfts- und Nachhaltigkeitsnachweise ein. Die Erneuerbaren
218 Energien sind mit Sinn und Verstand auszubauen. Es sollte künftig ein standorttreues
219 Repowering von Windkraftanlagen ermöglicht werden, um akzeptierte Standorte –
220 beispielsweise in den Kögen an der Nordseeküste – zu erhalten. Die Kapazitäten für
221 Offshore-Windkraftanlagen sind deutlich zu steigern. Photovoltaik auf privaten
222 Wohngebäuden soll die Entscheidung der jeweiligen Eigentümer bleiben. Wir setzen auch
223 hier auf Anreize durch eine grundlegende Vereinfachung bei der steuerlichen
224 Behandlung und Abrechnung sowie beim aufwändigen Anmeldeprozess.

225 Wer das Land ernährt, verdient Respekt und politische Verlässlichkeit. Die Ergebnisse
226 des in dieser Legislaturperiode begonnenen Dialogprozesses sollen die Leitlinie für
227 künftige Entscheidungen sein. Eine zukunftsorientierte Landwirtschaft ist eine, die
228 sich rechnet. Die Chancen der Landwirtinnen und Landwirte auf wirtschaftlichen Erfolg
229 sind daher zu vermehren. Es bedarf eines Auflagenmoratoriums und mehr Freiheiten. Das
230 Vorkaufsrecht für den Naturschutz ist abzuschaffen. Für mehr Tierwohl müssen die
231 Widersprüche im Baurecht aufgelöst werden. Zudem bedarf es einer klaren Haltungs- und
232 Herkunftskennzeichnung bei tierischen Produkten. Umweltschutz geht nur gemeinsam mit
233 den Flächeninhabern- und Nutzern. Wir fordern, attraktive
234 Vertragsnaturschutzprogramme und freiwillige Projekte wie die Allianz Gewässerschutz
235 fortzuführen.